

Neue POLITIK

Kommentar-u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Beiträge zur politischen
Neuordnung

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

die Bundespräsidentenwahl am 30. Juni hat ungefähr neun Stunden gedauert, einschließlich der Zwangspausen für politische Beratungen. Im 3. Wahlgang wurde schließlich Christian Wulff (CDU) gewählt, bis dahin Ministerpräsident von Niedersachsen, sogar mit einer von mir nicht vermuteten bzw. vorhergesehenen absoluten Mehrheit.

Hat die Parteiendemokratie mit der Art und Weise, wie die Wahlen abliefen, ein schlechtes Zeugnis abgelegt? Diese Frage kann mit ja und mit nein beantwortet werden. Die Wahl des Bundespräsidenten Wulff war mit dem offiziellen Anspruch verbunden, Geschlossenheit von CDU/CSU und FDP zu demonstrieren. Das ist völlig daneben gegangen. Als Kritiker der Parteiendemokratie kann ich nur bemerken, daß einige wenige Abgeordnete mutig ein Zeugnis von Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit abgelegt haben. Viele davon sind aber leider nicht dabei geblieben.

Die Partei DIE LINKE hat Recht, wenn sie Joachim Gauck vorwirft, den Afghanistan-Krieg zu befürworten. Anders wäre er nicht Kandidat von SPD und DIE GRÜNEN geworden, die ja beide Kriegsparteien sind. Trotzdem habe ich den Eindruck, daß das nicht der eigentliche Grund ist, Herrn Gauck die Stimme zu verweigern. DIE LINKE ist noch sehr stark von Linksfaschisten durchsetzt, die dem Stasi so manche Träne hinterherweinen. Bedenklich finde ich es auch, wenn ein Teil der in der Bundesversammlung anwesenden Vertreter der Partei DIE LINKE sich nicht in der Lage sah, am Schluß der Veranstaltung „Präsidentenwahl“ die Nationalhymne mit zu singen. Diese Leute sind noch nicht in der Bundesrepublik Deutschland angekommen.

Christian Wulff, der nunmehr gewählte Bundespräsident, ist ein echtes, ein legitimes, Kind seiner Partei, der CDU, kein Quereinsteiger, wie es Horst Köhler war. Als ich Freunden von meiner Verwunderung über den Rücktritt von Horst Köhler erzählte, meinten sie, daß es hinter den Kulissen nach seinen Äußerungen über die Rohstoffkriege (siehe Seite 2 ff) ganz schön gerumst haben muß, bis zu persönlichen Beleidigungen, die sich Herr Köhler nicht hatte bieten lassen wollen. Ein Christian Wulff wird alle Zumutungen seiner Vorsitzenden Merkel ohne Murren aushalten.

Auf Seite 6 drucke ich zur Illustration der politischen Zustände im (Bundes-)Berlin einen Beitrag aus www.abgeordnetenwatch.de ab. Dieser Beitrag zeigt, daß sich nicht nur der

FDP-Vorsitzende und Außenminister Westerwelle für viel Geld und unter Vernachlässigung der Aufgaben als Abgeordneter mieten läßt (vielleicht ließ, weil er sich als Minister die Prostitution nicht trauen wird). Das „älteste Gewerbe auf dieser Erde“, die Prostitution, hat unter Umständen noch eine gesellschaftspolitische und sozial-hygienische Bedeutung. Die Ehrverlogenheiten von Politikern wie Steinbrück, Westerwelle und andere sind weitaus größere Skandale.

Die Skandale häufen sich. Frau Merkel flog am 3. Juli auf Kosten des Steuerzahlers nach Südafrika, um dem Fußballspiel Argentinien-Deutschland zuzuschauen. Die veröffentlichte Meinung (Presse) kolportierte, daß der Flug mit der Regierungsmaschine pro Stunde € 10 000,- kostet.

Es wäre eine Tat gewesen, wenn die Bundeskanzlerin den Airbus mit Jugendlichen aus HartzIV-Familien gefüllt und einen großen Teil der Kosten dafür selbst, aus eigener, privater Tasche, getragen hätte. Aber auf diese praktische und politisch originelle Idee kommt eine FDJ-Sekretärin a.D. nicht.

So wie ihre Fußball-Südafrika-Reise abließ, so sehr sah die Reise wie eine Flucht vor nicht gemachten „Schularbeiten“ aus.

Schularbeiten haben zweifellos die deutsche Nationlamanschaft und ihr Trainer Joachim Löw gemacht. Diese junge, multikulturelle Truppe von deutschen Nationalspielern hat, in der Art wie sie spielen, einen wohlthuenden Einfluß auf die deutsche Gesellschaft. Ein Freund machte mich darauf aufmerksam, daß diese junge deutsche Fußballmannschaft ein Integrationsgrund geworden ist, insbesondere hier in Berlin, für die türkischen Jugendlichen. Sie schwingen nicht nur die deutsche Fahne Schwarzrotgold, sondern sie identifizieren sich mit der deutschen Mannschaft. Die Niederlage gegen Spanien ändert nichts an diesem positiven Eindruck.

Auf Seite 3 ff. veröffentliche ich einen Beitrag von Günter Woltmann-Zeitler mit einem sehr langen Titel. Ich hoffe auf eine inhaltliche Diskussion.

Ich selber bin über diesen Beitrag nicht so sehr begeistert. Ich habe das Gefühl, daß der Inhalt hinter den Vorschlägen der Freiwirte, der Anthroposophen und der unterschiedlichen Weiterdenker und Interpreten zurückfällt. Herr Woltmann-Zeitler ist von einer fast naiven Gläubigkeit an die Fähigkeiten der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung bestimmt.

Ich bin sehr erfreut, daß das Bundeskabinett am 2. Juli ein Gesetz beschlossen hat, welches

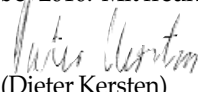
Leerverkäufe von Wertpapieren verbietet. Leerverkäufe heißt, es werden Wertpapiere verkauft, die man am Tag des Verkaufes gar nicht besitzt. Alle Finanzgeschäfte, denen unmittelbar kein Warenhandel zu Grunde liegt, sollten strengstens verboten werden. In diesem Zusammenhang müssen sich natürlich die Fachleute Gedanken über den Devisenhandel machen, weil davon z.B. Reise und Tourismus abhängt.

Finanzgeschäften liegt die gleiche Geldgier zugrunde, wie dem Handel mit harten Drogen, wie Kokain, LSD und andere. Handel und Genuss von Drogen schafft eine ähnliche, auch psychische, Abhängigkeit wie die Zockerabhängigkeit der in Finanzgeschäften Tätigen. Alle Täter wollen reich werden, koste es was es wolle.

Auf Seite 5 veröffentliche ich einen Text von Ohne Rüstung leben. Dieser Verein ist fachlich ein sehr kompetenter Verein. Er trägt die Zahlen für die deutsche Rüstung zusammen. Er kommt auf 30 Milliarden Euro Rüstungsausgaben pro Jahr. Mit Recht reklamiert der Verein das Geld für Bildung und soziale Leistung. Mein Schwerpunkt liegt auf Schulbildung und fachliche Ausbildung, und zwar nicht nur bei intellektuellen Leistungen sondern mit einer „Schule für praktische Daseinsbewältigung“. Diese praktische Daseinsbewältigung wird ab morgen lebensnotwendig werden. Natürlich gehört dazu der politische Widerstand in den europäischen Institutionen, die durch die materiell-politische Einflußnahme der Konzerne aus der europäischen Bevölkerung ein (fast) willenloses Heer von Arbeitssuchenden machen will, in dem er Einzelne nicht mehr in der Lage ist, einen Nagel in die Wand zu schlagen, oder, was noch schlimmer ist, eine Kartoffel zu pflanzen.

Die deutsche Steuerveranlagungen werden von Jahr zu Jahr komplizierter. Die Einnahmenseite ist genauso undurchsichtig wie die Ausgabenseite. In der Zeitschrift von Prognos, trendletter, Ausgabe 2009 Spezial wird unter der Überschrift >Wege des geringsten Widerstands< eine Mehrwertsteuererhöhung 2011 „prognostiziert“. Prognos, eine Schweizer „Fachleutervereinigung“ ist gegründet worden, um Konzerninteressen in Europa durchzusetzen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer. Die nächste Ausgabe erscheint im September 2010. Mit freundlichen Grüßen


(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 22. Juli 2010

Gedanken zum Rücktritt von Horst Köhler und der Kandidatur von Christian Wulff, Joachim Gauck und Luc Jochimsen zum Amt des Bundespräsidenten

(D.K.) Trotz der späten Kritik an seiner eigenen Bankenzunft ist Horst Köhler (CDU) immer ein Mann des ausbeuterischen Geldsystems gewesen. Neue Betrachtungsweisen über die Funktion des Geldes, die er als Staatsoberhaupt in die öffentliche Diskussion hätte bringen können, waren und sind nicht sein Ding.

Obwohl das Versagen unseres Geldsystems, weltweit, für jeden sichtbar ist, ist die Selbstzufriedenheit bzw. Selbstbezogenheit der „Fachleute“, der „Wirtschaftswissenschaftler“, der parteiistischen Abgeordneten, der Gewerkschaftler, der Journalisten und vieler Bürger so groß, daß sie Vorschläge über eine Neugestaltung des Wirtschafts- und Geldwesens erst gar nicht zur Kenntnis nehmen, geschweige denn durcharbeiten.

Insofern gleicht unsere Zeit der Zeit zwischen 1918 und 1933. Schon damals gab es viele Neuordnungsideen. Sie wurden ignoriert. Die Ergebnisse der Ignoranz waren Hitler und der 2. Weltkrieg.

Horst Köhler hat als Staatssekretär von 1990 bis 1993 im Finanzministerium während der Kanzlerschaft von Bundeskanzler Kohl die Verschwendung von 24 Milliarden DM zu verantworten, indem er die Banken der DDR mit politischer Schnoddrigkeit und fachlicher Fehleinschätzung auf Kosten der Steuerzahler sanierte.

Horst Köhler hat irgendwann in den ersten vier Jahren seiner Amtszeit als Bundespräsident in einem Interview zugegeben, in dieser Sache einen Fehler begangen zu haben. In der Privatwirtschaft würde ein solcher Dispositionsfehler zu einer fristlosen Kündigung und/oder zur Pleite einer Firma führen. Während sich HartzIV-Bezieher nach den neuesten Kabinetts-Beschlüssen große Sorgen um ihre ohnehin meistens niedrigen Altersbezüge machen müssen, ist die stattliche Pension für Herrn Köhler und Frau gesichert. Es wird von einer monatlichen „Rente“ von ca. € 15 000, vor Steuern, gesprochen.

Seine Dissertation als Dipl. Volkswirt 1977 hatte den verdächtigen Titel „Freisetzung von Arbeit durch technischen Fortschritt“, der auch übersetzt werden könnte in „Sozialer Abstieg durch technischen Fortschritt“. Es wird keiner „frei“, wenn er durch technischen Fort-

schritt seine Arbeit verliert. Dieser soziale Abstieg blieb und bleibt Herrn Köhler erspart.

Von 1969 bis 1976 war er am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen wissenschaftlicher Referent. 1993 bis 1998 leitete Horst Köhler als Präsident den Deutschen Sparkassen- und Giroverband und anschließend zwei Jahre lang (bis 2000) die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Im Jahr 2000 wurde Köhler, auf Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), zum Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestellt. Diese Funktion hatte er, als achter Direktor, bis zum 4. März 2004 inne. Köhler soll darüber hinaus Mitglied der Trilateralen Kommission sein (des Rockefeller-Vereins, dem man eine organisierte, Mafia-artige, Welt-herrschaft unterstellt).

Am 4. März 2004 nominierten CDU, CSU und FDP Köhler als gemeinsamen Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 2004. Er habe „die Bundespräsidentschaft nie angestrebt“, sagte Köhler am 4. März 2004. Die Kandidatur Köhlers war das Ergebnis der Kungelei der drei Parteien CDU, CSU und FDP. Wie in der deutschen „Parteiendemokratie“ üblich, fand kein Meinungsaustausch (Diskussion) mit dem Bürger statt. Der Bürger hat nichts zu sagen; der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung gewählt! Basta! Die Äußerungen Horst Köhlers über die Bundeswehr waren eine realistische Beschreibung der von den genannten drei Parteien zugewiesenen Aufgaben. Seine Auffassung, daß die Bundeswehr die Handelswege der Bundesrepublik frei halten, d.h. Krieg führen muß, kann man auch anders formulieren: unser vermeintlicher Wohlstand ist nur zu halten, wenn wir in fremde Länder einfallen und auf deren Kosten Rohstoffquellen erobern und sichern, auch, wenn wir, als Ergebnis unseres kriegesischen Tuns, Kinder in Afrika, Afghanistan und anderswo töten. Entwicklungshilfe und humanitäre Aktionen sind Feigenblätter für ein zivilisatorisches (ordnungspolitisches) Versagen der bundesrepublikanisch-europäischen Gesellschaft. Natürlich verstoßen Angriffskriege - auch mit vermeintlichem UN-Mandat - gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Am 31. Mai 2010 erklärte Köhler überraschend seinen sofortigen Rücktritt vom Amt des deutschen Bundespräsidenten.

Horst Köhler hat in seiner Rücktrittsrede u.a. gesagt: „Diese Kritik entbehrt jeder Rechtfertigung. Sie läßt den notwendigen Respekt für mein Amt vermissen.“ Es gibt keinen Grund, einen Bundespräsidenten nicht zu kritisieren. Am 16. Juni wurden Horst Köhler und Frau von der Regierung und der Bundeswehr trotz seiner „Fahnenflucht“ mit einem „Großen Zapfenstreich“ verabschiedet. Angesichts dieses Ereignisses bestätigte er seinen Rücktrittsgrund und sprach von „Respekt und Wahrhaftigkeit“. Oje, lieber Herr

Präsident a.D., was ist denn „Wahrhaftigkeit“ für einen Banker wie Sie?

Übrigens hatte ich am 21. Juni 2008 den Herrn Bundespräsidenten Horst Köhler in einem Brief nach dem damals noch nicht unterschriebenen „Lissabon-Reformvertrag“ gefragt. Ich habe nie eine Antwort bekommen. Auch ein interessantes Benehmen des „Bürgerpräsidenten“.

Ich fürchte, hinter dem Rücktritt Horst Köhlers steckt mehr - der Berliner sagt - als ein Spiel „einer beleidigten Leberwurst“. Oder, waren bzw. sind Herr Horst Köhler plus Frau Eva Luise ganz einfach überfordert (gewesen)?

Die „veröffentlichte Meinung“ kolportiert, daß Herr Köhler bei der Bevölkerung sehr beliebt gewesen sei. Woher diese Meinung stammt, weiß ich nicht!

Die Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl am 30. Juni 2010 sollten daran gemessen werden, ob sie bereit und in der Lage sind, geld-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Neuordnungsgedanken öffentlich mit den Bürgern zu diskutieren. Die Kandidaten sollten an ihren Fähigkeiten gemessen werden, den Staatsbürger zu motivieren, politische Diskussionen zu führen.

Ich bezweifle, daß der Kandidat der CDU, CSU und FDP, Christian Wulff, so viel geistige und politische Eigenständigkeit entwickelt, daß er die Herausforderungen, des Amtes erfüllen kann. Als Sunnyboy der konservativen Partei-Politprominenz scheint er für das bundesdeutsche Allgemeinwohl noch nicht viel getan zu haben.

Anders sieht es schon bei Joachim Gauck aus. Er hat bewiesen, daß er widerständig sein kann. Er hat auch jetzt wieder den Bürger aufgefordert, bei der (gesellschafts-)politischen Gestaltung Deutschlands mitzutun. Das ist der längst notwendige Aufruf zu einer Direkten Demokratie, zu einem durch Nachbarschaften gegliederten Staat. Auf der Internet-Seite www.wir-fuer-gauck.de schreibt Corinna Con tenius *>In Angela Merckels eigenen Worten: Joachim Gauck hat sich "in herausragender und auch in unverwechselbarer Weise um unser Land verdient gemacht - als Bürgerrechtler, politischer Aufklärer und Freiheitsdenker, als Versöhner und Einheitsstifter in unserem jetzt gemeinsamen Land sowie als Mahner und Aufarbeiter des SED-Unrechts und damit auch als ein Mann, der immer wieder an historische Verantwortung erinnert.*

IMPRESSUM

Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber und Redaktion: von Dieter Kersten Verlag NEUE POLITIK GmbH; Wilhelmstraße 31, 10713 Berlin, Tel. 030 - 822 52 11, Fax 030 - 821 62 88, www.neuepolitik.com, Email kersten@snauf.de.

Konto: NEUE POLITIK GmbH, bei der Berliner Bank AG., Konto-Nr. 3534323001, BLZ 100 200 00; International Bank Account Nummer - IBAN -DE14 1002 0000 3534 3230 01; Internationale Bankidentifikation BEBEBDBBXXX

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr und kostet im Abonnement € 15,60 jährlich (europäisches Ausland € 18,-, außereuropäisches Ausland € 21,-). Eine Kündigung ist jeweils zum Abonnementende möglich. Alle mit D.K. gekennzeichneten Beiträge stammen vom Herausgeber. Der Abdruck aller Beiträge ist mit Quellenangabe gestattet. Wir bitten um ein Belegexemplar.

Welche Facette man auch hervorhebt, immer spiegelt sich das Fundament unserer Gesellschaft wider: Einigkeit in Recht und Freiheit.“ - Dem ist nichts hinzuzufügen, außer eine parteiübergreifende Nominierung zum Bundespräsidenten.< Das ist mir fast zu euphorisch, aber vielleicht ist es richtig und ein Stück Volkes Stimme. Über Luc Jochimsen hört und liest man am wenigsten. Frau Jochimsen ist ebenfalls eine widerständige und streitbare Frau mit einer „linken“ Geschichtsauffassung und vermutlich zionistischen Affinität, die ich nicht teilen werde. Im Gegensatz zu Gauck ist sie in der Partei DIE LINKE gebunden, die sich auch nicht auf neue gesellschafts-, wirtschafts- und geldpolitische Ideen versteht. Sie ist die Älteste der drei Kandidaten.

Drei? Auf der Wikipedia-Seite über Luc Jochimsen erfuhr ich über einen Kandidaten der NPD, Frank Rennicke. Rennicke ist ein rechtsextremer Liedermacher, der gar nichts, absolut gar nichts, vorzuweisen hat, außer einer großen und rassistischen Klappe. □

Was die Deutsche Bundesbank und die Geschäftsbanken zukünftig tun müssen beziehungsweise nicht mehr tun dürfen - im Interesse der Wirtschaft und der Menschen

von Günter Woltmann-Zeitler
Am Kühberg 1, 85247 Arnbach

Email anpwoltmannzeitler@hotmail.com
Herr Woltmann-Zeitler ist 78 Jahre alt und Herausgeber von *Woltmann-Zeitler-Brief-Gedanken zu politischen und gesellschaftlichen Fragen, neuerdings auch Wir können!* - Positive Gedanken zu politischen und gesellschaftlichen Fragen.

Wenn in Deutschland die Konjunkturkrise, die Angst vor Bankenkrisen, Inflation und Staatsschulden überwunden sowie eine entsprechende Bedrohung auch für die Zukunft ausgeschlossen werden soll, müssen der Deutsche Bundestag beziehungsweise die deutsche Bundesregierung folgende Maßnahmen ergreifen:

1) Für den Tätigkeitsbereich der Deutschen Bundesbank

a) Durch entsprechende Änderung des Bundesbankgesetzes ist die Deutsche Bundesbank ihrer bisherigen Autonomie zu entkleiden und in vollem Umfang der Weisungskompetenz und Kontrolle der deutschen Bundesregierung beziehungsweise des Deutschen Bundestags zu unterstellen. Bisher ist es in Deutsch-

land so, daß sich vom Volk frei gewählte und demnach autorisierte politische Instanzen auf dem für das Gemeinwohl lebenswichtigen Gebiet der Währungspolitik selbst kastriert halten und statt dessen eine Handvoll Banker schalten und walten lassen.

Dabei ist es weder schlüssig zu argumentieren, Zentralbanker wären grundsätzlich kompetenter als Politiker, noch zu unterstellen, Funktionäre der Zentralbank hätten eher das langfristig und umfassend Wichtige im Auge als Parlamentarier und Regierungsmitglieder.

Die Führer der Zentralbanken werden ja von Politikern ausgewählt und eingesetzt – und zwar unter dem Gesichtspunkt von deren gewünschter Kompetenz -; dann müssen diese Politiker im Prinzip auch selbst über die entsprechende Kompetenz verfügen, um kompetente Banker auswählen zu können. Jedenfalls müssen im Parlament und in der Regierung hinreichend viele entsprechend kompetente Persönlichkeiten vertreten sein und entsprechend gewählt werden. – Und es ist inakzeptabel, sich darauf einzustellen und sich gewissermaßen damit abzufinden, daß Politiker, die vom Volk explizit in dem Vertrauen gewählt worden sind, die nachhaltigen und breit gefächerten Interessen dieses Volkes in dessen Gesamtheit zu wahren, weniger gesamtverantwortlich handeln – gegebenenfalls nur oberflächlich oder gar zu sehr egoistisch – als bestellte Beamte der Zentralbank, die in aller Regel entweder aus dem Kreis von Persönlichkeiten rekrutiert wurden, die zuvor für partikulär interessierte Geschäftsbanken direkt oder innerhalb deren wissenschaftlichem Umfeld tätig waren.

Die Deutsche Bundesbank wird dem Bundeswirtschaftsministerium als dessen angeschlossene Behörde unterstellt; nicht dem Finanzministerium, dessen Aufgabe die Verwaltung des Bundeshaushalts ist. Die für die Wirtschaft maßgebliche Währungspolitik muß vernünftigerweise Aufgabe des Wirtschaftsministeriums sein.

b) Die Deutsche Bundesbank, überweist an einen beim Bundeswirtschaftsministerium gehaltenen Fonds – der Form halber als unbefristeten und zinslosen Kredit – sukzessive, in aufeinanderfolgenden Raten - einen Betrag von mehreren 100 Milliarden Euro. Sie verbucht dieses Geld nicht als Kredit sondern als neues, zusätzlich ausgegebenes Geld.

c) Falls die Europäische Zentralbank beziehungsweise Euro-Europa diese Transaktion verhindern oder wesentlich verzögern können, ist vorbezeichneter Fonds mit einem entsprechenden Betrag in einer neu einzurichtenden deutschen Zweitwährung (Konjunktur-Mark = KM?) zu speisen. Die Zweitwährung läuft sodann parallel zum Euro – zu diesem immer zum festen Wechselkurs von 1:1 konvertierbar.

d) Sollte es auch gegen letztgenannte Aktivität Widerstand geben, müssen die sich als involviert fühlenden Staaten davon überzeugt werden, daß das deutsche Vorgehen einer zwingenden Notwendigkeit, jedenfalls essentiellen und gerechten Interessen der deutschen Menschen, entspricht. Darüber hinaus sollte man ihnen empfehlen, im eigenen Interesse gemäß dem deutschen Beispiel zu verfahren.

e) Das zusätzliche neue Geld aus dem Fonds beim Wirtschaftsministerium kann die Regierung im Prinzip via Finanzministerium ausgeben, wie man es für nötig oder wünschenswert hält. Im Prinzip. Nachdem der Staat das zusätzliche Geld zum ersten Mal, als erster genutzt hat – vielleicht teilweise für Umweltschutzmaßnahmen o.ä. -, läuft es anschließend immerzu, fortlaufend im Geld-Güter-Geld-Kreislauf um, zu Gunsten der Gesamtwirtschaft aller Menschen im Land, dient es zum Erwerb von Gütern, damit zur Förderung von Absatz, von Produktion, zur „Schaffung von Arbeitsplätzen“, als ultimative Waffe gegen die derzeit herrschende Absatzkrise und Erwerbslosigkeit.

Entgegen dem soeben angesprochenen „Prinzip“ sollte der Staat die zusätzliche Kaufkraft aber vielleicht besser sofort an seine Bürger weiterreichen. Über Steuersenkungen, Rentenerhöhungen, Sozialsubventionen o.ä. Dann nehmen die Bürger das Recht der ersten Nutzung wahr.

Selbstverständlich soll und kann die Zentralbank ein Zuviel an Kaufkraft auch jederzeit wieder aus dem Markt herausziehen – wenn Bedarf und Produktionsmöglichkeit einmal sinken sollten. Dann würde das Wirtschaftsministerium – um eine ansonsten eintretende Geldwertminderung zu vermeiden – das Zuviel an Kaufkraft an den Fond zurückgeben müssen, sich dazu das Geld über eine dann notwendige und auch akzeptable einmalige Steuerforderung vom wirtschaftenden Volk zurückholen.

Grundsätzlich muß die Zentralbank dafür sorgen, daß dem Markt fortlaufend soviel Kaufkraft zur Verfügung steht, daß die Gesamtgütermenge, nach der Bedarf besteht und die produzierbar ist, immer gegen Kaufkraft abgesetzt werden kann.

Mit Hilfe der zusätzlichen Kaufkraft aus vorgenannten Fonds wird also die derzeit drohende Rezession und Massenerwerbslosigkeit relativ schnell auf Null herabgesenkt.

Einwände, die wesentliche Geld-/Kaufkraftvermehrung würde grundsätzlich, von vornherein schädlich sein für den Wert der Euro- und/oder KM-Währung beziehungsweise für die Umwelt, sind als letztlich unhaltbar zurückzuweisen. Eine entsprechende eingehende Aufklärung wird angeboten. Hier sei gegen die Befürchtung eines möglichen Wertverfalls der Währung - beruhigend - nur in Kurzform festgestellt, daß es zu einer Wertminderung des Geldes solange einfach nicht kommen kann,

wie die Geldmenge nicht größer wird, als die Menge der Güter, die Menge der Güter im Gesamten, ressourcenmäßig und produktionstechnisch ebenfalls steigen kann und auch der Bedarf entsprechend groß ist.

f) Die Behörde Deutsche Bundesbank soll am Ende nur noch als eine Art von Währungsversorgungsamt fungieren.

Daß Geschäftsbanken bei diesem Amt Kredite aufnehmen können, soll nur noch für eine Übergangszeit möglich bleiben. Danach müssen sich Geschäftsbanken ausschließlich auf dem freien Kapitalmarkt refinanzieren. Wobei den Geschäftsbanken bei einer durch die sehr viel progressivere Kaufkraftversorgung des Marktes – morgen – sehr viel lebhafterer Konjunktur – morgen – sehr viel mehr Kredite von ihren Einlegern zufließen werden – als heute.

g) Die Behörde Bundesbank verkauft in mehreren aufeinanderfolgenden Lots ihren gesamten Goldbestand auf dem freien Markt. Daß diese Aktivität den internationalen Goldpreis drückt, ist sinnvoll, denn es ist nicht vernünftig zu begründen, daß Gold so irrational teuer gehandelt wird. Schließlich ist in der Praxis gegebenenfalls Gold weniger wert als ein Becher Wasser und gibt im Falle eines Falles der Besitzer eines Bechers Wasser diesen gegen keine Menge Gold her. – Der Erlös aus dem Goldverkauf fließt über den Bundesbankgewinn dem Bundeshaushalt zu, der so in die Lage versetzt wird, den Steuerzahler zu entlasten beziehungsweise minderbemittelte Bürger zu subventionieren.

h) Die Bundesbank, die am Ende also nur noch als Einrichtung für die ausreichende Geld-/Kaufkraftversorgung des Marktes zuständig ist, verkauft auch ihre Devisenbestände und zieht sich völlig aus dem Devisenhandel zurück. Dieser ist dann ausschließlich Aufgabe der Geschäftsbanken. – Deutsche Exporteure können danach ihre Deviseneinnahmen nicht mehr bei der Bundesbank eintauschen, sondern müssen zusehen, daß sie diese bei den Geschäftsbanken einwechseln. Diese Tatsache wird die unsinnigen deutschen Exportüberschüsse (Exportüberschüsse bedeuten faktisch, daß die deutsche Bundesbank die Exporte ins Ausland im entsprechenden Ausmaß bezahlt hat, das Ausland selbst für einen Teil seiner Importe keine Waren nach Deutschland liefern mußte) mehr und mehr zurückgehen lassen. Damit wird der Zwang zu nicht notwendigen Importen verringert und die deutsche Produktionswirtschaft veranlaßt, sich mehr als bisher auf den Inlandsmarkt auszurichten. Export wie Import auf das Notwendige zu beschränken bedeutet, die Umwelt zu schonen und Ressourcen wie Kosten zu sparen.

2) Für den Tätigkeitsbereich der Geschäftsbanken

a) Alle Geschäftsbanken müssen gesetzlich – unter Strafanandrohung – dazu verpflichtet werden, gewährte Kredite so an Laufzeiten zu binden, daß die Institute fällige Rückzahlungen an Einlegerkunden (Sparer etc.) unter allen Umständen zum vereinbarten Termin leisten können. Sie dürfen also kurzfristige Gelder absolut nicht längerfristig ausleihen.

Daraus ergibt sich, daß es Geschäftsbanken dann nicht mehr erlaubt ist, geldschöpfende Kredite auf der Basis ihrer gehaltenen Giroeinlagen auszugeben. Dies wiederum ist einmal gerecht und stellt zum anderen sicher, daß Girokunden zu jeder Zeit ihr Guthaben wieder bar abheben können. Gerecht ist es nämlich, weil es ungerecht ist, daß natürliche Personen, also einfache Bürger, bestraft werden, wenn sie Geld „selbst herstellen“, Geschäftsbanken dies aber tun, indem sie quasi Geld ausleihen, das gar nicht ihr Eigentum ist.

Wann immer es später notwendig ist, die Kaufkraftmenge durch Neuemissionen weiter zu vergrößern, dürfen dann gerechterweise nicht mehr auch Geschäftsbanken ein erforderliches Mehr an Geld „schöpfen“, dieses Geld sodann verleihen und damit Gewinn machen, sondern nur die Gemeinschaft der Bürger, über deren Regierung, deren Bundesbank.

Volle Sicherheit von Giroeinlagen wird durch das Geldschöpfungsverbot insofern geschaffen, als jetzt Geschäftsbanken nicht mehr in Liquiditätsschwierigkeiten – zu Lasten der Giroeinleger – kommen können, wenn das Publikum Bargeld von Girokonten – die Basis für die bisherige Geldschöpfung der Geschäftsbanken – abheben möchte, das „geschöpfte“ Geld aber längerfristig verliehen worden ist.

Geschäftsbanken müssen vom Tag X an dazu verpflichtet werden, den Umfang ihrer Kreditforderungen sukzessiv auf das Maß zurückzuführen, das sich nicht nur aus Giroeinlagen (Spareinlagen etc.) ergibt.

b) Geschäftsbanken ist sodann aufzuerlegen, aufgenommene Spargelder etc. sämtlich nur als Kredite weiter zu verleihen. Mit Spareinlagen welcher Art auch immer Unternehmensbeteiligungen welcher Art auch immer oder Sachwerte zu erwerben, ist ihnen zu untersagen.

c) Weiter ist festzuschreiben, daß Geschäftsbanken nicht absolut voll gesicherte Kredite, das heißt: Risikokapital, nur im Umfang ihres voll gesicherten Eigenkapitals und voll gesicherter Gewinnrücklagen gewähren dürfen. Die betreffenden Institute müssen Kunden, die größere Kredite aufnehmen möchten, an größere Einrichtungen verweisen oder ihnen die Möglichkeit aufzeigen, statt sich mit Bankkrediten zu finanzieren, Unternehmensbeteiligungen als Aktien zu verkaufen oder

etwa Teilhaber über direkte Anleihen zu gewinnen. – Aktien oder Anleihen sind zwar vergleichsweise unsichere Anlagen; wenn aber kürzere Termine und höhere Renditen angeboten werden, dürfte es immer möglich sein, ausreichend viele Kleinanleger – die Betonung liegt auf „klein“ – zu interessieren, Direktanleger, die wagen, um zu gewinnen.

d) Geschäftsbanken müssen aufgefordert werden – nicht verpflichtet –, Einlegern mit einer Einlagenhöhe X+ laufend Kenntnis davon zu geben, welchen Kreditnehmern mit einer Schuldenhöhe Y+ sie Kredite gewährt oder prolongiert haben. Es ist den Kunden der Geschäftsbanken eigentlich grundsätzlich nicht zuzumuten, daß sie ihr Geld als Kapital verleihen und ihren Schuldner letztendlich nicht kennen beziehungsweise nicht kennen können, wenn sie ihn kennen möchten.

Außerdem sichert dieses Verfahren, daß Geschäftsbanken mit den ihnen anvertrauten Geldern höchstmöglich sorgsam umgehen.

Auf Bedenken, bei diesem Verfahren würden manche potentielle Kreditnehmer auf Investitionskredite verzichten, ist zu erwidern, das gelte wohl nur für relativ unsichere Investoren. Die aber könnten sich dann ihr Risikokapital immerhin doch bei „Diskretbanken“ holen, dabei aber auch höhere Zinsen zahlen müssen. Während Banken mit öffentlich gemachten Schulden – da ihnen wegen des größeren in sie gesetzten Vertrauens mehr Geld zuflösse und sie deshalb selbst weniger Zinsen zahlen müßten – billigere Kredite einzuräumen im Stande wären.

e) Was für Geschäftsbanken gelten soll, muß im Prinzip auch für Versicherungen gelten. □

Ohne Rüstung Leben:

„Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer von Ohne Rüstung Leben!

Kaum zu glauben: Jede der 11.500 Städte und Gemeinden in Deutschland zahlt im Jahr durchschnittlich **2,7 Millionen Euro** für neue Waffen, Soldaten und Kriegseinsätze wie den in Afghanistan. Jährlich insgesamt mehr als 30 Milliarden Euro.

Gleichzeitig wachsen die Staatsschulden, Bildungsaufgaben werden in Frage gestellt und soziale Leistungen gekürzt. Jeder Euro, der in die Rüstung fließt, fehlt für die Lösung dringender Aufgaben. Es ist an der Zeit, den Rüstungsetat drastisch zu kürzen!

Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift unsere Initiative „Vorrang für Zivil -Rüstungsetat kürzen!“ . Fordern Sie mit uns von der Bundesregierung:

- kein Geld für Kriegseinsätze und neue Rüstungsprojekte
- mehr Geld für Zivile Konfliktbearbeitung und Schuldenabbau
- mehr Geld für Bildung und soziale Leistungen.“

Fordern Sie bitte die Unterschriftenlisten bei der oben in der ersten Zeile genannten Adresse an.

Düstere Prognose für die Menschheit

Yahoo! Nachrichten 21. Juni 2010

Ein bekannter Wissenschaftler prophezeit den Menschen eine düstere Zukunft. Durch den Klimawandel könnte es bald zu Ende gehen mit den Erdbewohnern. Die Entwicklung sei nicht mehr aufzuhalten.

"Wir werden aussterben", zitiert "The Australian" den Mikrobiologen Frank Fenner. "Was auch immer wir jetzt unternehmen, es ist zu spät." Schon in 100 Jahren könnte der "Homo sapiens" Vergangenheit sein.

Aber auch für andere Lebewesen sieht Frank Fenner schwarz. Viele Tiere würden ebenfalls sterben. "Diese Situation ist nicht mehr aufzuhalten. Ich glaube, daß es zu spät ist. Ich vermeide es eigentlich, darüber zu sprechen. Immerhin versuchen die Menschen ja, etwas dagegen zu tun. Aber sie verschieben die ganze Entwicklung nur."

Die Schuld an dem Ende der Menschheit sieht Fenner in der Bevölkerungsexplosion und dem "ungezügelter Konsum". "Die Klimaveränderungen stehen erst ganz am Anfang. Aber schon jetzt können wir auffällige Veränderungen beim Wetter beobachten", so der Wissenschaftler.

Er befürchtet, daß dem Rest der Menschheit dasselbe Schicksal wie den Bewohnern der Osterinseln blühen wird. Durch die gedankenlose Rodung ihrer Wälder hatten die Eingeborenen ihr ehemals fruchtbares Land in eine Einöde verwandelt.

Allerdings gibt es auch Gegenstimmen zu



Ohne Rüstung leben

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711-60 83 96, Fax 0711-60 83 57, Email ORL@GAIA.de, macht darauf aufmerksam, daß am 5. August 2010 der 65. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki ist. Der Verein bittet, zwischen 20.00 Uhr und 0.15 Uhr Kerzen auf öffentlichen Plätzen, in Gottes- oder vor Rathäusern und natürlich auch zu Hause möglichst viele Kerzen anzuzünden.

Am 8. Juni 2010 schrieb Paul Russmann von

den düsteren Prophezeiungen des Wissenschaftlers. So zitiert das australische Nachrichtenportal dessen Kollegen Stephen Boyden mit den Worten: "Frank könnte Recht haben. Aber einige von uns hegen immer noch die Hoffnung, daß sich die Menschen ihrer Situation bewußt werden. Das wiederum könnte zu den notwendigen, revolutionären Maßnahmen führen, die die Umwelt zukunftsfähig machen."

In Australien gilt der mittlerweile 95-jährige Wissenschaftler Frank Fenner als Ikone. Durch den Einsatz des Myxoma-Virus gelang es ihm, der Kaninchenplage in Australien in den 50er Jahren ein Ende zu setzen. Außerdem war er in den 60er Jahren an der weltweiten Ausrottung der Pocken beteiligt. □

Der Mensch hat die Technik im Griff?!

von Dipl.-Ing. Andreas Manthey

Seit Wochen sprudelt das Ölbohrloch im Golf von Mexiko. Einer der finanzstärksten Konzerne der Welt ist scheinbar nicht in der Lage, das von ihm verursachte Unheil in den Griff zu bekommen.

Wie oft meinen wir alles im Griff zu haben? Menschen fliegen zum Mond, mit den kompliziertesten Geräten, bei denen der kleinste Fehler die größten Konsequenzen haben kann; mehrere Tote sind der Beweis.

Ein Autohersteller hat Probleme mit dem Gaspedal, einem „Pfennig-Artikel“ und verliert wegen einer Rückrufaktion erhebliches Ansehen und Kapital.

Aber nicht nur im Großen, auch im kleinen, alltäglichen kann soetwas passieren: Ein Radfahrer fährt bei Rot, meint alles im Griff zu haben ...

... Und wacht im Krankenhaus wieder auf, wenn er Glück hat, aber eventuell gar nicht mehr.

Aber was ist mit Großtechnik, bei deren Versagen tausende von Menschen zu Schaden kommen, wie bei der Giftgaskatastrophe von Bhopal. Kann das nicht jederzeit wieder passieren?

Und was ist mit Kernkraftwerken? Wer erinnert sich nicht noch an Tschernobyl? „Wir haben alles im Griff“, heißt es aus den Vorstandsetagen der großen Stromversorger wie Vattenfall, E.On, EnBW und RWE.

Aber hier können wir etwas tun, hier haben wir Verbraucher auch etwas in der Hand. Wir entscheiden täglich mit unseren Einkäufen, welches Verhalten wir unterstützen und welches nicht. Wir können unser Mißfallen ausdrücken, indem wir Produkte von vorbildlichen Unternehmen kaufen und von riskanten ablehnen. Schon seit mehreren Jahren gibt es den Atomausstieg von unten auf der Webseite www.atomausstieg-selber-machen.de, auf der die vier Öko-Stromversorger Greenpeace Energy, Naturstrom, Lichtblick und

Stadtwerke Schönau ihre zertifiziert nachhaltigen Stromprodukte anbieten.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen, wie wir Verbraucher auch die großen Konzerne „erziehen“ können.

Fangen wir endlich an!! □

www.desert-greening.com

(D.K.) Ich habe einen interessanten Vortrag gehört, und zwar bei Binnotec e.V., wo ich meistens auch einen kleinen Büchertisch anbiete.

Es handelt sich um Wüstenbegrünung in Algerien. Der Initiator (und Vortragende), Dipl.-Ing. Madjid Abdellaziz, bezieht sich auf Wilhelm Reich (Orgon) und Viktor Schauberger (Wirbel). Ich entnehme den folgenden Text der Internetseite von Madjid Abdellaziz: *>Unter Berücksichtigung von teils Jahrtausende altem Wissen, immer wieder bestätigt durch modernste Erkenntnisse der Orgon- und Wirbelphysik, gelingt es heute, in Wüstengebieten den immer gleichen blauen Himmel zu beleben und ein abwechslungsreiches Wettergeschehen anzuregen. Dabei wird nicht mit Raketen geschossen, um die Natur in die Knie zu zwingen. Die Methoden gleichen vielmehr der Behandlung eines Patienten, der eine starke Verspannung hat, mit einigen sehr bedacht gesetzten Akupunktur-Nadeln. Auch das Ergebnis ist ähnlich: Der Patient erholt sich, und die Schulwissenschaft zieht skeptisch die Augenbrauen hoch. Die Atmosphäre erlebt eine Revitalisierung. Es regnet in der Wüste, und die Experten zucken die Schultern und sagen "Zufall".<*

Die Wüste wurde grün Madjid Abdellaziz hat beeindruckende Bilder gezeigt.

Sie finden mit Hilfe der Webseite eine Fülle von Informationen, insbesondere auch von Vorträgen in Form von zahlreichen Videos.

Nach Auskunft von Madjid Abdellaziz wird auch bald ein Buch über die Wüstenbegrünung erscheinen, welches ich dann auch anbieten werde. □

„Steinbrück missbraucht sein Mandat“: abgeordnetenwatch.de -Recherche sorgt für Schlagzeilen geschrieben am 30.06.2010

„Unterm Strich“ heißt das Erstlingswerk des Autors Peer Steinbrück, das ab dem 16. September bei einem großen Onlinehändler zu kaufen sein wird. Im Berliner Ensemble wird Steinbrück am 24. September 2010 aus seinem druckfrischen Buch vortragen, und wer den Minister a.D. dabei erleben möchte, kann sich zum Preis von 19,35 Euro jetzt schon mal eine Eintrittskarte sichern.

Weitaus mehr Geld berappen muß, wer den ehemaligen Finanzminister beispielsweise

zum Thema „Politikverdross und Medienkrise – Gefahren für unsere Demokratie?“ hören will. Mindestens 7.000 Euro erhält Steinbrück für einen solchen Vortrag – und ist deswegen jetzt in die Schlagzeilen geraten.

„Steinbrück redet sich steinreich“ überschrieb der Berliner Kurier am vergangenen Mittwoch einen Artikel über die Nebeneinkünfte des Ex-Ministers. Die Geschichte hatte abgeordnetenwatch.de in einem Blogbeitrag Ende Mai ans Licht gebracht („Der Abgeordnete, der nur noch gegen Bezahlung redet“). Steinbrück, so berichteten wir damals, beteilige sich weder am öffentlichen Bürgerdialog auf abgeordnetenwatch.de noch trat er als Redner bei Plenardebatten im Bundestag in Erscheinung. Den Pflichten eines Abgeordneten kam Steinbrück nur unzureichend nach: Bei sechs wichtigen Abstimmungen fehlte er – dabei heißt es in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags unmißverständlich: *Die Mitglieder des Bundestages sind verpflichtet, an den Arbeiten des Bundestages teilzunehmen.*

Außerhalb des Parlaments war der Minister a.D. aktiver: Er hielt 13 Privatvorträge, u.a. auf einer Möbel-Messe, die ihm zusammen mindestens 91.000 Euro einbrachten. Eine Stellungnahme dazu lehnte Steinbrück gegenüber dem Berliner Kurier ab.

Die Geschichte über den Blogbeitrag von abgeordnetenwatch.de nahm nach der Veröffentlichung durch den Kurier an Fahrt auf. Zuerst berichtete am Donnerstag das Schweizer Boulevardblatt „Blick“ („Peitschen-Peer redet sich steinreich“), dann griff Handelsblatt Online das Thema auf und ließ den Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele zu Wort kommen:

„Ich halte es aber für einen Mißbrauch des Mandats, wenn sich Leute wählen lassen und dann hauptsächlich hoch bezahlten anderen Tätigkeiten nachgehen. Daß Peer Steinbrück seit der Bundestagswahl für Vorträge tausende Euro kassiert hat, finde ich unanständig.“ Es müsse jedem Verein möglich sein, den SPD-Bundestagsabgeordneten zu bekommen, ohne dafür gleich tief in die Tasche greifen zu müssen. (...) Grünen-Politiker Ströbele erklärte, Steinbrück sei mit seinen „lukrativen Nebentätigkeiten“ kein Einzelfall. „Es gibt immer wieder Fälle von Abgeordneten, die mit ihrem mandatswidrigen Verhalten Kopfschütteln auslösen“, sagte er. Dabei habe das Bundesverfassungsgericht klar geregelt, daß der wesentliche Teil der Abgeordnetentätigkeit dem Mandat gewidmet werden müsse.

Am Donnerstag nachmittag verschickte die Nachrichtenagentur AFP unter Bezugnahme auf den abgeordnetenwatch.de-Blog einen Bericht über Steinbrücks Nebentätigkeiten. Und tags darauf brachte die Anti-Korruptions-Organisation Transparency Deutschland ein generelles Verbot von bezahlten Vorträgen durch Abgeordnete ins Gespräch: „Man kann sich fragen, ob das Halten von Vorträgen zu politischen Fragen durch einen Abgeordne-

ten, nicht zu seinen Aufgaben als Abgeordneter gehört und insofern unentgeltlich erfolgen sollte“, erklärte die Leiterin der Arbeitsgruppe „Korruption in der Politik“ von Transparency, Marion Stein, gegenüber Handelsblatt Online. (...) Auch der Bund der Steuerzahler äußerte sich kritisch zu Steinbrücks reger Vortragstätigkeit. Bundestagsabgeordnete dürften zwar vergütete Nebentätigkeiten wahrnehmen, sagte Verbandsgeschäftsführer Reiner Holzengel Handelsblatt Online. Diese müßten jedoch veröffentlicht werden und dürften nicht zu Lasten der Mandatspflichten des Abgeordneten gehen. „Fehlzeiten im Parlament zu Gunsten einer Nebentätigkeit sind inakzeptabel“, betonte Holzengel.

Das Beispiel zeigt, welche Wirkung sich mit Öffentlichkeit erzielen läßt. Nach den Zeitungsberichten, die durch den Blogbeitrag auf abgeordnetenwatch.de ausgelöst wurden, ist Peer Steinbrück nun vielen Menschen als ein Volksvertreter bekannt, der sein Abgeordnetenmandat offensichtlich nicht sehr ernst nimmt. Inzwischen hat er bei zwölf wichtigen Abstimmungen im Bundestag gefehlt, 13 Bürgerfragen warten bei abgeordnetenwatch.de auf Beantwortung. Steinbrück weiß, daß die Öffentlichkeit seine Aktivitäten als Bundestagsabgeordneter nun genau unter die Lupe nimmt.

Ob er sein Mandat über die vollen vier Jahre behält, wird sich zeigen. Nachrücken würde voraussichtlich Kerstin Griese, die es bei der Wahl 2009 nicht wieder ins Parlament schaffte. Ihre Arbeitsbilanz aus der vergangenen Wahlperiode: 209 Antworten auf 209 Bürgerfragen und zwei verpasste Abstimmungen von insgesamt 49. □

(D.K.) Den nachfolgenden Text habe ich der Wochenzeitschrift der FREITAG vom 17. Juni 2010 entnommen.

1960: Geheimes Dossier

von Gaby Weber

Gaby Weber ist freie Autorin und schreibt seit 1996 für den Freitag

Akten über Eichmann: Was israelische Agenten einst nach Argentinien trieb, war nicht nur die Suche nach dem NS-Verbrecher, sondern auch die verdeckte Kooperation zum Bau der Atombombe.

Wie bin ich an das Thema gekommen? Seit Mitte der achtziger Jahre lebe ich in Südamerika, einem Kontinent, der gerade die Militärdiktaturen überwunden hatte. Ich stieß darauf, daß bei Mercedes-Benz Argentina (MBA) zwischen 1976 und 1983 14 Betriebsräte ermordet worden waren. Die MBA-Manager hatten zudem bei der Ausstattung der Folterkammern geholfen. Grund genug, mich um die Anfänge dieses Unternehmens zu kümmern. MBA war 1951, während der Regierung

von General Perón gegründet worden. Perón hatte Tausenden Nazis Unterschlupf gewährt, von denen viele für deutsche Unternehmen arbeiteten, die so ihr während des III. Reiches verstecktes Geld wuschen.

Über seine argentinische Niederlassung pumpte Daimler-Benz mittels fingierter Exportrechnungen Kapital in den Kreislauf der deutschen Nachkriegswirtschaft. Minister Ludwig Erhard reiste persönlich zur Einweihung der Mercedes-Fabrik an. Deutsche gründeten zudem in Córdoba ein Flugzeugwerk, in Bariloche ein Atomzentrum und erprobten neue Raketen und Sprengstoffe. Sie machten dort weiter, wo sie 1945 aufgehört hatten – fernab des alliierten Verbots, auf deutschem Boden ABC-Waffen zu entwickeln. Der Militärputsch gegen Perón (1955) beendete die Geldwäsche, Mercedes-Benz wurde beschla-

Die Organisation Gehlen und der aus ihr hervorgegangene Bundesnachrichtendienst (BND) hielten enge Kontakte zu den Abgetauchten. Schließlich waren in den Pullacher Amtsstuben ebenfalls frühere Abwehrleute und SS-Mitglieder „versorgt“ worden. Bei meinen Recherchen darüber halfen mir im US-Bundesarchiv Washington (NARA) die Intergency Working Group on Nazi Crimes und Historiker, die dank ihres Security Certificate Zugang zu sensiblen Dokumentensammlungen durchgesetzt hatten – für ihre deutschen Kollegen undenkbar. Als ich hingegen auf Einladung der Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung meine Eichmann-Forschungen darlegte und um Hilfe bei der Öffnung deutscher Archive bat, ertete ich Unverständnis. War zu Eichmann nicht alles gesagt? Und nun kommt eine Journali-

Eine notwendige Ergänzung

(D.K.) Der Text über Eichmann, Israel und die deutsche Bundesregierung der 50er und 60er Jahre dokumentiert, wie verwoben israelische und deutsche Nachkriegs-Geschichte ist. Nachkriegsdeutschland, die BRD, hat maßgeblich die atomare und konventionelle Bewaffnung Israels möglich gemacht.

Es sind inzwischen fünfzig Jahre vergangen und Israel ist es noch immer nicht gelungen, Frieden in Palästina/Israel/Naher Osten zu schaffen. Im Gegenteil! Die Friedlosigkeit Israels hat ihren Meister im Iran gefunden. Möglicherweise hat der Iran auch Atomwaffen. Das Schlimme ist, daß die Charakterstrukturen der Oligarchien der beiden Länder, nämlich die Pflege institutioneller Menschenverachtung, ähnlich sind. Selbst ihre Anführer, Mahmud Ahmadineschad und Benjamin Netanjahu, gleichen sich. Beide sind von Endzeiterwartungen durchdrungen. Israel erfreut sich der Unterstützung von us-amerikanischen, christlichen Sekten mit Endzeitphantasien. Israel ist deshalb immer mein Thema, weil ich fürchte, daß von dort ein mörderischer Atomkrieg losgetreten werden kann. Dabei ist Deutschland für die Existenz Israels mitverantwortlich.

Nach meiner Auffassung ist die Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Zionismus älter als 1949 und Eichmanns Mordsystem. Es muß ein Abkommen zwischen zionistischen Kreisen

und den deutschen Vorkriegsregierungen oder auch mit den deutschen Oligarchien gegeben haben, welches eine Vereinbarung über einen Massenmord an den Juden beinhaltet. Mit dem vereinbarten Massenmord durch die Deutschen konnten Großbritannien und die USA von den zionistischen Organisationen erpresst werden, gegen Völkerrecht und jedem politischen Verstand die Staatlichkeit von Israel zu gestatten. Der Holocaust an den Juden in Deutschland hatte noch einen anderen, einen „praktischen“ Grund: die armen Juden (auch aus Osteuropa) wurden vernichtet und fielen somit den zionistischen Organisationen nicht zur Last, die reichen Juden, die eine rechtzeitige Abreise versäumt hatten, konnten noch 1942 mit Sack und Pack das Deutsche Reich verlassen.

Diese Zeilen sind keine Entschuldigung für die Deutschen, die willig die Tötungsarbeit machten. Was mich - auch als Berliner - besonders erschüttert, das ist der direkte, unmittelbare Verrat des deutschen Bürgertums an ihren jüdischgläubigen Nachbarn. Fast keiner hat sich am 9. November 1938 vor seine jüdischen Nachbarn gestellt und sie vor dem SA-Mob geschützt. Im Gegenteil! Die verlassenen Wohnungen wurden von manchen Nachbarn geplündert.

Der Holocaust ist eine geschichtliche Katastrophe, der zu entrinnen auch in der Zukunft sehr schwer möglich sein wird. □

gnahmt. Doch nach zwei Gerichtsurteilen eröffnete das Unternehmen drei Jahre später wieder seine Pforten. Das beschlagnahmte Firmenarchiv – darunter die komplette schwarze Buchführung – fand ich in einem feuchten Kellerverlies.

MBA hatte Adolf Eichmann 1959 unter dem Namen Ricardo Klement angestellt. Man konnte seine Vergangenheit, seine Kinder gingen unter dem Namen Eichmann auf die Deutsche Schule. Warum auch sich verstecken? Argentinien lieferte die „Politischen“ nicht aus, Interpol verweigerte die Mithilfe und vor allem: Damals verjährte Mord nach 20 Jahren. Die Nazis sahen sich als Regierung im Wartestand, die spätestens 1965 ihr Exil verlassen und zurückkehren wollten.

stin aus Argentinien, von der die offizielle Geschichtsschreibung als Desinformation brandmarkt wird? Unerhört!

Bei NARA hatte ich 2006 einen CIA-Vermerk gefunden, wonach der BND im März 1958 dem US-Geheimdienst Eichmanns Aufenthaltsort und Decknamen mitteilte. Gegen den Kriegsverbrecher bestand Haftbefehl der Frankfurter Staatsanwaltschaft. Der aber wurde vom BND vorenthalten, wo sich der geflüchtete Massenmörder aufhielt.

Eichmann hatte als Kader des Sicherheitsdienstes (SD) im Januar 1942 bei der Wannsee-Konferenz Protokoll geführt und danach für den Abtransport der Juden in die Vernichtungslager gesorgt. Wenig weiß man über seine Umtriebe in Südamerika. Und noch weni-

ger bekannt ist jene heikle Kooperation Israels, Argentinens und des jungen Bonner Staates bei der Nuklearforschung. Es verband sie ein gemeinsames Interesse: Tel Aviv wollte die Atombombe – und Adenauer hatte ebenfalls Interesse an einer atomaren Option. 1960 stellte sein Kabinett dem israelischen Chaim-Weizmann-Institut drei Millionen Mark für die gemeinsame Nuklearforschung zur Verfügung. Und wo ein Haushaltsposten ist, muß es Unterlagen über den Mittelabfluss geben. Die wollte ich finden, suchte zunächst in Argentinien und wurde bei der Atomkommission fündig. Man bestätigte drei Uran-Lieferungen an Israel, im Staatsarchiv fand ich die Exportgenehmigungen: 1960, 1962 und 1963 weitere hundert Tonnen. Das reichte für mehrere Atombomben. Die US-Regierung wußte von diesen Lieferungen, teilte mir das Department of Energy mit. Meine Ausbeute im Koblenzer Bundesarchiv war dagegen eher bescheiden. Das Ganze war Chefsache, und die dort aufbewahrten Kanzleramts-Akten offenbarten nur Fragmente. Ich fragte 2007 erstmals im Bundeskanzleramt nach, wo man sich aufgeschlossen gab und mir versicherte, es würden keine Akten zu einem Nazi-Kriegsverbrecher zurückgehalten. Doch zu meinem Auskunftsbegehren – Eichmann in Argentinien und nukleare Zusammenarbeit – wollte man nichts gefunden haben. Lediglich eine Geheimakte tauchte auf, die – nach vielen Monaten – freigegeben wurde: Unterlagen des Krisensta-

bes, der nach der Verhaftung Eichmanns in Israel 1960 einberufen worden war. Adenauer fürchtete Kritik aus dem Ausland, da in seiner Regierung ehemalige Amtsträger des NS-Regimes saßen. Staatssekretär Globke – als Ko-Autor der Nürnberger Rassengesetze ein Kenner der Materie – leitete den Krisenstab. blieb also Pullach übrig. Ich erwartete mit den üblichen Floskeln abgespeist zu werden. Denn im Gegensatz zu den USA, wo dank des Freedom of Information Act sensible Daten heraus geklagt werden können, klammert das deutsche Informationsfreiheitsgesetz die Geheimdienste aus. Um so größer war mein Erstaunen, als mir der BND mitteilte, er habe die von mir gewünschten Akten gefunden: 4.500 Blatt zu Eichmann in Argentinien und zu „nuklearer Zusammenarbeit der Bundesrepublik, Argentinens und Israels“. Dieses Material sei aber für immer geheim. Man müsse die Persönlichkeitsrechte seiner Agenten schützen. Ich reichte Klage ein. Laut Bundesarchivgesetz müssen die Behörden nach 30 Jahren ihre Akten an das Bundesarchiv überstellen. Der BND tut dies fast nie und behauptet, die Dokumente weiter bei sich zu benötigen. So verlängert er sich selbst die Fristen und gibt Papiere nicht nach Koblenz ab, wo sie Forschern auffallen könnten. Der BND bat die dienstführende Behörde um eine Sperrerklärung. Hatte das Kanzleramt Monate zuvor vollmundig die Offenlegung der Eichmann-Akten versprochen, sah es nun-

mehr die Republik gefährdet. Das Material, das der BND inzwischen auf 3.400 Blatt herunter gerechnet hatte, stamme von einem Nachrichtendienst aus Nahost, sprich Mossad. Und der lege Wert auf ewige Geheimhaltung. Beweise dafür legte das Amt nicht vor. Im Anti-Terror-Kampf sei die Kooperation mit anderen Sicherheitsbehörden lebenswichtig. Ende April 2010 urteilte nun der Geheimdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts, daß die Sperrerklärung „rechtswidrig“ war. Ihm waren die ungeschwärzten 3.400 Blatt vorgelegt worden. Sie seien von „zeitgeschichtlichem Interesse“, so die Richter, „sie beziehen sich nicht auf Umstände, die bislang geheim gehalten worden seien, sondern auf die NS-Gewaltherrschaft, die systematische Verfolgung der europäischen Juden und die Rolle verschiedener Mitglieder des NS-Regimes, namentlich Adolf Eichmann, sowie mit diesen Personen im Zusammenhang stehenden Vorgänge der Nachkriegszeit“. Eine Hintertür ließen die Richter offen: Es könne eine neue Sperrklärung geben, die nicht pauschal, sondern konkret die Gefahren der Freigabe benennen müsse. Wird Angela Merkel die Akten oder Teile weiter blockieren? Dann riskiert sie ein neues Urteil. Elan Steinberg, Sprecher der Holocaust-Überlebenden in den USA, hält es für „unzumutbar und schamlos, wenn über ein halbes Jahrhundert Akten über den Architekten der Endlösung geheimgehalten“ werden. □

Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) Meine Mutter erzählte von dem „Schmalhans Küchenmeister“, der „bei ihr zuhause“ in dem Berlin der ersten zwanzig Jahre des vorigen Jahrhunderts herrschte, als ihre Mutter sie losschickte, „um beim Schlachter für'n Sechser fetten Speck“ zu besorgen. Das war dann das einzige „Fleisch“ in der Kohlsuppe für bis zu sechs Personen. Wat „nen Sechser“ ist? „Fünf Fennje“ alter Währung.

Ich mußte an diese Geschichte denken, als ich am 13. April im THEATER AM KURFÜRSTENDAMM das Stück **Zille** von Horst Pillau sah.

Kennen Sie Heinrich Zille? Ich bin fast mit ihm, mit seinen Zeichnungen des **Berliner Milljös**, aufgewachsen. Meine Eltern liebten ihn, den Pinsel-Heinrich, der mit seinen Bleistiftzeichnungen auf die sozialen Zustände im kaiserlichen und republikanischen Berlin aufmerksam machte. Er war ein Berliner Original, ein Humorist, ein sehr unbequemer Sozialkritiker und ein begnadeter Künstler. Er beherrschte das „Berlinerische“ wie kein anderer. Leider ist dieser „Berliner Mutterwitz“ weitgehend ausgestorben.

„Dreiundzwanzig Fennje bekam 'ne Heimarbeiterin, und die Kinder jingen in 'ne Streich-



Wohnungs-Hygiene

Arzt im Norden Berlins, der den Tod eines Arbeiterkindes bestätigen soll, findet in der Wohnung des Arbeiters nur die Kinder beim Spielen vor:

„Kinder, wo ist denn euer heute morgen verstorbenes Brüderchen?“

„Ach, Herr Doktor,“ erwidern die Kinder, „Mutter is weggegang'n und hat se den Hans in die Kommode jeschlossen, wir sollen nich mit ihm spiel'n.“

(D.K.) Auch meine Mutter (*1902) hatte ein kleine Schwester von ca. 2 Jahren, die sie als Drei- bis Vierjährige in einem Sarg liegend gesehen hatte. Das Kind war an unzureichender Ernährung gestorben

holzfabrik und hatten denn von dem Phosphor und Schwefel jar keene Fingernägel mehr. Und da soll man nich mal da- zwischenfahren, wenn man erlebt hat, wie sich det Elend von Jeneration zu Jeneration weiterfrißt – wo det Kind schon als Sklave jeboren wird?!“

Heinrich Rudolf Zille wurde am 10. Januar 1858 in Radeburg bei Dresden geboren und starb am 9. August 1929 in Berlin. Er war ein Grafiker, Lithograf, Maler, Zeichner und Fotograf.

Horst Pillau, ein österreichischer Dramatiker, Romancier, Hörspiel- und Drehbuchautor und der Verfasser des Theaterstückes **Zille** ist am 21. Juli 1932 in Wien geboren und in Berlin aufgewachsen. Er schuf ein Theaterstück, welches in Form von szenischen Clips das Lebenswerk von Heinrich Zille durchleuchtet und den Zuschauer mit der Prominenz in der künstlerisch-menschlichen Umgebung des Künstlers vertraut macht: Käthe Kollwitz, Claire Waldoff, Max Liebermann, Anton von Werner, Walter Kollo und viele andere mehr.

Der Abend war gut besucht, der Applaus eindrucksvoll. Alle Schauspieler haben flott und überzeugend gespielt. Ein fahler Beigeschmack bleibt, wenn das derzeitige Berliner Bürgertum, satt bis über beide Ohren, die sozialkritischen Betrachtungen eines Heinrich Zille beklatscht. Ich war jedenfalls sehr oft betroffen und nicht amüsiert. □